



Liebe Leser*innen,

die in Kürze bevorstehende, vorgezogene Bundestagswahl ist ein bedeutender Moment, der für uns alle auch eine große Chance mit sich bringt. Denn die Wahl ist nicht nur ein Ausdruck unserer demokratischen Rechte, sondern auch ein Aufruf zur Mitgestaltung unserer Zukunft. Lassen Sie uns das gemeinsam nutzen!

Oft hört man Sätze wie: „Meine Stimme macht keinen Unterschied.“ Doch das Gegenteil ist der Fall. Jede Stimme zählt. Gerade in Zeiten, in denen die Herausforderungen unserer Gesellschaft immer komplexer werden, ist es umso wichtiger, dass möglichst viele Menschen ihre Perspektiven durch ihre Wahlentscheidung einbringen. Nur so können wir sicherstellen, dass die Politik der nächsten vier Jahre die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und die Themen angeht, die uns wirklich

am Herzen liegen. Das Ergebnis der Bundestagswahl entscheidet darüber, welche politischen Konzepte umgesetzt und welche Prioritäten gesetzt werden. Sei es die Gestaltung einer gerechteren Sozialpolitik, die Sicherung der Renten, der konsequente Ausbau von Barrierefreiheit oder die sozial gerechte Bewältigung des Klimawandels – Ihre Stimme trägt dazu bei, die Richtung für unsere Zukunft zu bestimmen.

Und Demokratie lebt von Beteiligung. Wenn wir nicht wählen gehen, überlassen wir anderen die Entscheidung über Themen, die uns direkt betreffen. Jede Stimme ist ein Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt. Gemeinsam können wir unsere Zukunft positiv beeinflussen!

Als SoVD werden wir natürlich auch nach der Wahl die politischen Schwerpunkte und Entscheidungen genau beobachten – und kritisch und konstruktiv begleiten. Zusammenhalt, Toleranz und soziale Gerechtigkeit bleiben dabei zentrale Werte, die unser Handeln leiten werden.

Ihr
Dirk Swinke

Dirk Swinke
Vorstandsvorsitzender
SoVD Niedersachsen

Altersbericht mit erschreckenden Zahlen zu Altersarmut veröffentlicht

Land und Kommunen in der Pflicht

Bundesseniorenministerin Lisa Paus hat Anfang Januar den Altersbericht der Bundesregierung vorgestellt – mit erschreckenden Zahlen: 17 bis 19 Prozent der über 65-Jährigen gelten als armutsgefährdet. Auch in Niedersachsen sind zahlreiche Ältere von Armut bedroht. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb nicht nur Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut auf Bundesebene, sondern sieht auch die Landesregierung und Kommunen in der Pflicht.

Altersarmut ist in Deutschland schon lange ein Problem. Doch der aktuelle Altersbericht zeigt: Die Quote der betroffenen Senior*innen liegt mittlerweile über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Auch in Niedersachsen liegt das Armutsrisiko bei fast 18 Prozent. „Die Politik hat bislang alle Alarmsignale überhört und viel zu wenig gegen Altersarmut getan. Spätestens jetzt muss sie aber aufwachen und schnell handeln. Immer nur Zahlen zu präsentieren, reicht längst nicht mehr“, sagt Dirk Swinke.

Dabei seien nicht nur bundespolitische Maßnahmen wie eine grundlegende Rentenreform, die für armutsfeste Renten sorgt, notwendig. „Auch das Land Niedersachsen und die Kommunen müssen mehr tun“, fordert Swinke und ergänzt: „Niedrige Renten kommen von niedrigen Löhnen. Die Landesregierung muss deshalb endlich effektiv etwas gegen den Niedriglohnbereich tun.“ Dabei gehe es zum Beispiel um die Begrenzung von Leiharbeit, Minijobs und Befristungen. Aber auch die niedersächsischen

Kommunen sind aus Sicht des SoVD beim Kampf gegen Altersarmut in der Verantwortung. „Sie müssen mit ihren Angeboten ganz konkret das Leben der Betroffenen verbessern“, betont der SoVD-Vorstandsvorsitzende. Es müsse vor Ort eine viel bessere Beratungsstruktur zu den Themen Grundsicherung und Schulden geben, die Gesundheitsförderung müsse aus-

gebaut und Menschen stärker finanziell unterstützt werden – gerade, wenn es etwa um die Nutzung von Bussen und Bahnen geht.

„Das Problem wird sich nicht von alleine lösen. Wir brauchen deshalb verschiedene Maßnahmen, die Hand in Hand gehen und ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglichen“, so Swinke.

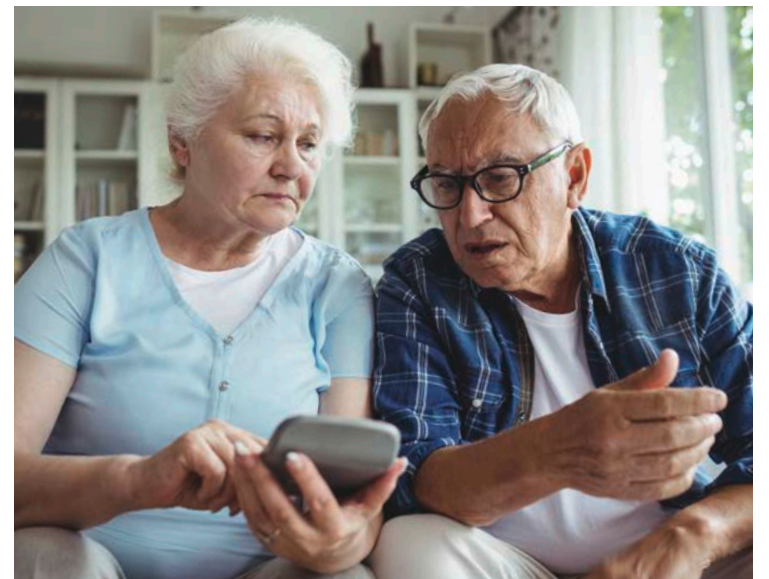


Foto: WavebreakmediaMicro / Adobe Stock

Trotz einer vorangegangenen jahrzehntelangen Berufstätigkeit sind im Rentenalter viele Menschen armutsgefährdet.

Arbeitsmarkt: SoVD kritisiert Ausgleichsabgabe und fordert echte Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Inklusion umsetzen statt freikaufen

Obwohl in Niedersachsen fast 60.000 Fachkräfte fehlen, beschäftigen Unternehmen noch immer viel zu wenige Menschen mit Behinderung. Das kritisiert der SoVD in Niedersachsen scharf. Anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember forderte der Verband daher nicht nur eine höhere Ausgleichsabgabe, sondern auch insgesamt mehr Engagement seitens der Wirtschaft beim Thema Inklusion.



Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

Ein inklusives Arbeitsumfeld, in dem Menschen mit Behinderung teilhaben können, wirkt auch dem Fachkräftemangel entgegen.

Unternehmen sind verpflichtet, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderung zu besetzen. Tun sie dies nicht, müssen sie eine sogenannte Ausgleichsabgabe zahlen. Die Höhe der Abgabe ist abhängig von der Unternehmensgröße und beträgt zwischen 140 und 720 Euro im Monat.

„Trotz dieser Abgabe erfüllen nur 37 Prozent der niedersächsischen Unternehmen die Quote und nutzen so das Potenzial von Menschen mit Behinderung“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, und ergänzt: „Für uns zeigt das ganz deutlich, dass die Abgabe

noch nicht hoch genug ist. Sie muss verdoppelt werden.“ Seiner Ansicht nach können Barrieren nur abgebaut werden, wenn Arbeitgeber*innen im Arbeitsalltag Erfahrungen mit Menschen mit Behinderung machen und so Vorurteile abgebaut werden.

„Bislang kaufen sich viele Unternehmen durch die Zahlung der Ausgleichsabgabe frei. Das muss verhindert werden. Dadurch, dass Menschen mit Behinderung oft außen vor gelassen werden, gehen dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Arbeitskräfte verloren“, betont Swinke. Das sei gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ein

fataler Fehler. Niedersachsens größter Sozialverband weist aber auch darauf hin, dass sich gleichberechtigte Teilhabe nicht nur durch finanzielle Zahlungen erreichen lässt. „Vielmehr muss sich in den Köpfen der Arbeitgeber*innen etwas verändern. Sie müssen Menschen mit Behinderung als Beschäftigte mit unverzichtbaren Qualifikationen wahrnehmen“, so der Vorstandsvorsitzende weiter. So seien bessere Beratungsangebote für Unternehmen, die Menschen mit Behinderung einstellen möchten, dringend notwendig. „Nur dann kann Inklusion gelingen“, ist sich Swinke sicher.

SOVD-VORTRAG

Den eigenen Nachlass regeln

Sich mit den Themen Testament und Vererbung zu beschäftigen, bringt viele Fragen und Unsicherheiten mit sich. Daher lädt der SoVD in Niedersachsen am Donnerstag, 27. Februar, zum digitalen Vortrag „Testament und vererben: So regeln Sie Ihren Nachlass richtig“ ein. Matthias Muik referiert von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom. Wer teilnehmen möchte, kann sich bis zum 24. Februar unter weiterbildung@sovd-nds.de anmelden.

Der Referent macht die Grundbegriffe des Erbrechts leicht verständlich und erklärt, was bei der Vererbung beachtet werden sollte und welche Formulierung im Testament die richtige ist. Darüber hinaus widmet er sich diesen Fragen: Wer erbt, wenn es kein Testament gibt? Was versteht man unter lebzeitiger Überlassung und warum kann das sinnvoll sein? Teilnehmende bekommen zudem Tipps rund um die Nachfolgeplanung sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

SoVD beteiligt sich als Best-Practice-Beispiel am Fachtag der Stadt Hannover

Starke Haltung für Demokratie

Zu ihrem „Fachtag gegen Rechts“ im Pavillon Kulturzentrum hatte die Landeshauptstadt Hannover Vertreterinnen des SoVD in Niedersachsen als Expertinnen für einen Workshop und ein Podiumsgespräch eingeladen. Rund 90 Teilnehmende der Veranstaltung – Angestellte der Stadt Hannover, Vertreter*innen verschiedener Organisationen sowie ehrenamtlich Engagierte des SoVD – befassten sich mit rechtsextremen Vorfällen und Strukturen in Hannover und Umgebung und entwickelten anschließend Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft.

In seinen Grußworten betonte Oberbürgermeister Belit Onay die Bedeutung einer offenen, toleranten und vielfältigen Gesellschaft und verdeutlichte die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen, die es auszuloten und besser zu nutzen gelte.

Anschließend befassten sich zwei Fachvorträge von Andrea Röpke und Jana Peltzer, Journalistinnen und Expertinnen zum Thema Rechtsextremismus, mit rechtsextremem Einflussnahme und deren Erscheinungsbildern in Hannover. Röpke berichtete von vielfältigen Aktivitäten aus dem rechten und verschwörungstheoretischen Milieu, deren Akteur*innen ohne Unrechtsbewusstsein agieren und nahezu keinerlei Konsequenzen erfahren. Nach Darstellung der Referentin verberge sich in der schleichenden Normalisierung derartiger Menschenverachtung eine große Gefahr. Peltzer betonte in ihrem Referat, dass es eine klare Haltung brauche, um demokratische Errungenschaften und Werte zu verteidigen. Zudem



Foto: Ingrid Beyer

Nancy Widmann (Mitte) und Dr. Nora Schrader-Rashidkhan (links) leiteten einen der Workshops des Fachtags.

sei eine langfristige Strategie essenziell, da auch Rechte nach langfristigen Strategien agieren.

In drei parallel stattfindenden Workshops wurden danach verschiedene Themen vertieft. Auf Einladung der Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt Hannover beteiligten sich Nancy Widmann, Leiterin der Abteilung Organisation, und Dr. Nora Schrader-Rashidkhan, Referentin der Abteilung Sozial-

politik, vom SoVD in Niedersachsen am Fachtag. Gemeinsam mit der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie Niedersachsen“ leiteten Schrader-Rashidkhan und Widmann den Workshop „Wie können sich Vereine, Verbände und Organisationen gegen Rechtsextremismus aufstellen? Beispiele und Austausch zur Praxis“.

Die beiden skizzierten – ausgehend von der verbandseigenen historischen Verpflichtung – den

Weg gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie innerhalb des SoVD in Niedersachsen, der verstärkt seit 2018 umgesetzt wird. Auch legten sie die Schritte dar, die zu einer Beschlusslage für alle Gliederungen im Ehrenamt geführt haben, nach der alle handeln. Zudem verdeutlichten sie die hohe Gefahr für Vereine und Verbände, von rechter Seite vereinnahmt zu werden.

In einer Podiumsdiskussion folgte ein Austausch mit dem Leiter des ZeitZentrums Zivilcourage Dr. Jens Binner. Hier wurde erörtert, was es von Seiten der Kommunen braucht, damit die Zivilgesellschaft gestärkt wird und sich engagieren kann (zum Beispiel Räumlichkeiten und regelmäßige Fördergelder). Auch wurden Argumente für und gegen ein AfD-Parteiverbot kontrovers diskutiert.

Von den Teilnehmenden des Fachtags erhielten die SoVD-Vertreterinnen ausnahmslos sehr viel Lob für ihren Beitrag zur Veranstaltung und Zuspruch für die klare Haltung des SoVD.

Zukunft der Kurzzeitpflege-Einrichtung für schwerstbehinderte Kinder und Jugendliche in Hannover noch immer nicht gesichert

SoVD engagiert sich für Erhalt des Aegidius-Hauses

Das Aegidius-Haus in Hannover nimmt Kinder und Jugendliche mit schwerer Behinderung zur Kurzzeitpflege auf. Die Einrichtung ist für die jungen Menschen ein wertvolles Zuhause auf Zeit und sie ist zugleich eine unerlässliche Entlastung für ihre Eltern. Nachdem die zehnjährige Anschubfinanzierung und Förderung des Landes Niedersachsen Ende September 2024 ausgelaufen war und eine Anschlussfinanzierung nicht beschlossen wurde, stand das Haus vor dem Aus. Der SoVD-Landesverband Niedersachsen appellierte daraufhin in einem Brief an den niedersächsischen Sozialminister Dr. Andreas Philippi. Zudem organisiert der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt seit Monaten weitere Protestaktionen und beteiligt sich am Bündnis „Rettet das Aegidius-Haus“, um eine tragfähige Lösung für die Zukunft der Einrichtung zu erzielen.

Die möglichen Auswirkungen des Sparzwangs der Landesregierung betrachtet Ingrid Beyer, Sprecherin des gesellschaftspolitischen Ausschusses des SoVD in Hannover-Stadt, mit größter Sorge: „Für Kinder, Jugendliche und Eltern sind Auszeiten bei der Pflege besonders wichtig. Brechen pflegende Angehörige durch Überlastung oder Krankheit zusammen, kommen die Kinder und Jugendlichen ent-

weder in ein Altersheim oder in ein Krankenhaus, wenn es das Aegidius-Haus nicht mehr in der Form gibt. Es gibt lediglich zwei Häuser in Niedersachsen, die auf Kurzzeitpflege ausgelegt sind.“

Für Beyer und die SoVD-Engagierten in der Region Hannover war klar, dass sie eine Schließung der Einrichtung nicht hinnehmen werden. Deswegen hatte sich der SoVD einem Aktionsbündnis zum Erhalt des Hauses angeschlossen – mit dem Verein „wir pflegen!“, mit betroffenen Eltern und dem Förderverein „Lions-Club Hannover-Aegidius“. Janina Gelszinnus vom Förderverein startete eine Petition, die rasch die erforderlichen 5.000 Unterschriften erhielt und Mitte Dezember im Petitionsausschuss besprochen wurde. Für den gleichen Termin meldete Beyer für das Bündnis eine Kundgebung auf dem Hannah-Arendt-Platz an – vor dem Sozialministerium und

gegenüber dem Landtag. Bei der Organisation und Durchführung unterstützten sie zahlreiche SoVD-Engagierte aus Hannover-Stadt, Hannover-Land sowie Burgdorf. Insgesamt beteiligten sich mehr als 100 Menschen – darunter viele betroffene Eltern und Kinder – an der Protestaktion.

Ingrid Beyer übergab bei der Kundgebung eine symbolische Lupe an den Sozialminister Dr. Andreas Philippi; verbunden mit dem Hinweis: „Wir schauen nicht durch eine rosarote Brille, wir schauen genau hin. Und wir helfen gerne beim Suchen nach Lösungen.“ Im Anschluss überreichte der Lions-Club Spenden in Höhe von 35.000 Euro für die Arbeit des Aegidius-Hauses.

Trotz des Engagements des Aktionsbündnisses und vieler Bürger*innen ist die Zukunft der Einrichtung aber noch immer unklar. Die Landesregierung hat Zusicherungen gemacht und ist



Foto: Dirk Swinke

Ingrid Beyer überreichte dem Sozialminister eine symbolische Lupe, um ihm das Auffinden der notwendigen Finanzmittel zu erleichtern.

unter bestimmten Voraussetzungen zur Unterstützung bereit. Doch soll die Einrichtung zunächst bis Ende April 2025 ein neues, wirtschaftlich tragfähiges Finanzkonzept erarbeiten. Bis dahin ist der Betrieb vorerst abgesichert.

Nach der Kundgebung haben die SoVD-Ehrenamtlichen weitere Aktionen geplant und

durchführt, berichtet Beyer. Es folgten etwa Besuche der Ausschüsse der Region und Briefe, Gespräche und Austauschtreffen mit Landtagsabgeordneten. Der SoVD werde sich weiterhin intensiv einbringen, damit das Haus erhalten bleibt, so Beyer. Volle Unterstützung haben die Engagierten dabei vom SoVD-Landesverband Niedersachsen.



Foto: Dirk Battke

Kundgebung zum Erhalt des Aegidius-Hauses in Hannover

SoVD-Frauensprecherinnen demonstrieren Geschlossenheit

Frauenfrühstück des SoVD im Heidekreis

Mit damals sechs gewählten Ortsverband-Frauensprecherinnen hat der SoVD-Kreisverband Heidekreis im Jahr 2017 sein Engagement für Frauenrechte und frauenpolitische Themen verstärkt. Im Laufe der Jahre ist dieses Engagement kontinuierlich ausgebaut worden: In immer mehr Ortsverbänden sind nun Frauensprecherinnen aktiv. Beim Frauenfrühstück des Heidekreises konnte die SoVD-Kreisfrauensprecherin Annette Krämer aus Ahlden nun über 20 engagierte Frauen begrüßen, die in ihren SoVD-Ortsverbänden Treffen und Veranstaltungen organisieren. „Wir stehen damit im Landesverband sehr stark da“, sagte Annette Krämer.

Viel Lob für die Arbeit der Frauensprecherinnen hatte auch der Vorsitzende des Kreisverbands Heidekreis, Jürgen Hestermann. Zur SoVD-Veranstaltung war zudem eine interessante Gesprächspartnerin eingeladen: die neue Kreisvorsitzende der Landfrauen, Anke Winkelmann. Die Landwirtin be-



Foto: Klaus Müller

Annette Krämer (li.) begrüßte die neue Kreisvorsitzende der Landfrauen, Anke Winkelmann, als Referentin.

richtete aus der vielseitigen Arbeit ihres starken Verbands und erzählte auch, dass sie als Stadtführerin in Schneverdingen aktiv ist und mit Schulkindern kocht und backt. Die SoVD-Engagierten und die Landfrauen beschlossen beim Frauenfrühstück, sich künftig intensiv auszutauschen und neue Themen gemeinsam anzugehen. Geplant sind auch ein Rhetorik-Kurs bei den Landfrauen oder der Austausch mit der sehr engagierten Kreislandfrau aus dem Nordkreis.

WHATSAPP-BERATUNG

Neue Termine im Februar

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde!

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.

Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 4. und 18. Februar, jeweils Dienstag, von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.



Foto: Stefanie Jäkel

Ehrenamt im Kreisverband Osterode ausgezeichnet

750 Euro für SoVD-Hilfsnetzwerk

Im Rahmen ihres Programms „Herzessache“ hat die Helios Klinik Herzberg/Osterode Mitarbeiter*innen gesucht, die sich ehrenamtlich engagieren und mit ihrem Einsatz das gesellschaftliche Miteinander bereichern. Elke Hain ist als Rezeptionistin in der Klinik beschäftigt und zugleich ist sie Aktive im Hilfsnetzwerk „Für mehr Miteinander“, das der SoVD-Kreisverband Osterode ins Leben gerufen hat. Sie schlug ihrem Arbeitgeber den Kreisverband Osterode als preiswürdig vor. Ihr Vorschlag überzeugte und wurde mit dem zweiten Platz

ausgezeichnet. Damit verbunden ist auch ein Preisgeld von 750 Euro, das nun dem SoVD-Hilfsnetzwerk für seine weitere Arbeit zufließt.

Das Osteroder Netzwerk „Für mehr Miteinander“ haben SoVD-Aktive Anfang 2024 gegründet. Mit ihrem Angebot stehen sie in der Region Menschen in Not zur Seite – in den Bereichen Alltagsbegleitung, Besuche bei Krankheit oder telefonische Begleitung. Rund 20 ehrenamtlich Engagierte setzen sich für Menschen ein, die auf sich allein gestellt sind und Hilfe benötigen.



Foto: SoVD-Kreisverband Osterode

Elke Hain und Frank Uhlenhaut, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Osterode, bei der symbolischen Preisgeld-Übergabe

Ehrenamtlich betreutes, kostenfreies SoVD-Pflegetelefon: 0511 70148-148

Emotionale Unterstützung für Pflegebedürftige und Angehörige

Das Pflegetelefon des SoVD-Landesverbands Niedersachsen ist ein Angebot für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen bei Sorgen rund um das Thema Pflege. Ehrenamtlich Engagierte hören zu und nehmen sich Zeit für ein Gespräch, zum Beispiel bei familiären Entscheidungen, bei Überforderung durch die Pflege zu Hause oder bei Konflikten mit Pflegediensten. Im Gespräch werden geeignete Verfahrenswege aufgezeigt oder Hinweise auf wei-

terführende Dienste gegeben. Auch als erste Anlaufstelle hilft das Pflegetelefon weiter, wenn das Thema Pflege plötzlich und akut aufkommt.

Ratsuchende können sich kostenfrei unter 0511 70148-148 melden und ihr Anliegen schildern. Aus organisatorischen Gründen ist ein Anrufbeantworter geschaltet, die Rückrufe erfolgen zeitnah von Montag bis Freitag. Gespräche werden vertraulich und auf Wunsch anonym behandelt.



Foto: deagreez / Adobe Stock

Beim ehrenamtlichen Pflegetelefon gibt es emotionale Unterstützung und Rat. Eine Rechtsberatung ist nicht möglich.



Fotos und Grafik: Martin Bargiel, Steeeg GmbH

Neue Podcast-Folge zur Organspende

Eine Organspende kann Leben retten: Rund 8.500 Menschen warten derzeit auf ein neues Organ – meistens auf eine Niere. Allerdings gibt es in Deutschland noch immer zu wenig Menschen, die bereit sind, ein Organ zu spenden. Grund genug, um in der neuen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof“ über alles Wissenswerte rund um dieses wichtige Thema zu sprechen.

Zu Gast ist Milena Karlheim und sie erzählt ihre ganz persönliche Geschichte: 2008 hat sie als junge Frau auf einer Party einen Herzstillstand, drei Jahre später wird ihr ein neues Herz transplantiert. Aber auch ihre Nieren machen Probleme und Karlheim muss erneut ein neues Organ bekommen. „Kein Ponyhof“ erscheint monatlich und ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen sowie unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

„Nach der Zeit der Tränen und der tiefen Trauer bleibt die Erinnerung. Die Erinnerung ist unsterblich und gibt uns Trost und Kraft.“

Am 4. Januar 2025 verstarb

Walter Freudenberg

Er war in verschiedenen Funktionen für den Sozialverband Deutschland (SoVD) tätig. Im Juni 2011 trat er unserem Verband bei und engagierte sich von 2014 bis 2023 als Beisitzer im Kreisverband Wilhelmshaven. Anfang 2024 übernahm er das Amt des Kreisvorsitzenden. Außerdem war er von 2016 bis 2021 als Beisitzer im Ortsverband Wilhelmshaven-Nord tätig. Ende November 2021 wurde er zum 2. Vorsitzenden des Ortsverbands gewählt.

Walter Freudenberg hat sich mit seiner Tatkraft, seinen Ideen und seiner Empathie für unsere Mitglieder und die Ziele des SoVD eingesetzt. Mit ihm verlieren wir einen wichtigen Mitstreiter im Kampf für soziale Gerechtigkeit. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

In stillem Gedenken

<p>Bernhard Sackarendt Verbandsratsvorsitzender SoVD-Landesverband Niedersachsen</p>	<p>Dirk Swinke Vorstandsvorsitzender SoVD-Landesverband Niedersachsen</p>	<p>Kathrin Müller 2. Vorsitzende SoVD-Kreisverband Wilhelmshaven</p>
---	--	---

SOVD

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

„Demokratie schützen – Gefährliche politische Ideen erkennen“

Hilfreiche Broschüre in Leichter Sprache

Zur Bundestagswahl stellen die Bundesvereinigung Lebenshilfe und der Verein „Tadel verpflichtet!“ eine kostenfreie Broschüre in Leichter Sprache zur Verfügung. Sie unterstützt Menschen dabei, Desinformation und antidemokratische Haltungen zu erkennen, und gibt praxisnahe Hinweise für den Umgang mit solchen Inhalten.

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien wie die AfD zielen darauf ab, Vertrauen in politische Institutionen und demokratische Prozesse zu untergraben. Sie verbreiten Desinformationen und präsentieren scheinbar einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen. Die zwölfseitige Broschüre „Demokratie schützen – Gefährliche politische Ideen erkennen“ ist in Leichter Sprache geschrieben und kostenfrei erhältlich. Das Heft erläutert auf verständliche Weise, wie jede*r rechtspopulistisches Gedankengut durchschauen und dem im persönlichen Gespräch begegnen

kann. Zudem enthält das Heft konkrete Hinweise, um aktiv Stellung gegen Hass und Diskriminierung zu beziehen. Es soll dazu ermutigen, für die eigenen Rechte einzutreten.

Interessierte können die Broschüre unter <https://tinyurl.com/y42k8sw2> herunterladen. Außerdem können dort gedruckte Hefte kostenfrei bestellt werden. Bestellungen sind ebenfalls unter 06421 491-123 oder vertrieb@lebenshilfe.de möglich.

Demokratie schützen –
Gefährliche politische
Ideen erkennen



Abbildung: Lebenshilfe-Verlag

Titelseite der Broschüre

25-jähriges Jubiläum: Wahl zum*zur Behindertensportler*in des Jahres

Ab dem 7. Februar abstimmen!

Niedersachsens beliebte Umfrage „Behindertensportler*in des Jahres“, die der Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) alljährlich ausschreibt, feiert ihr 25-jähriges Jubiläum. Zu diesem festlichen Ereignis stehen 2025 sechs Sportler*innen zur Wahl, die erfolgreich an den Paralympics 2024 in Paris teilgenommen haben.

„Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben in Paris großartige sportliche Leistungen erbracht und den niedersächsischen Para-Sport herausragend repräsentiert“, freut sich Karl Finke, Präsident des Behinderten-Sportverbands Niedersachsen (BSN) und ergänzt: „Die sechs Nominierten stehen stellvertretend für die historische Anzahl von 17 BSN-Sportlerinnen und Sportlern bei den Paralympics 2024. Sie alle verdienen unseren allergrößten Respekt!“

Zwischen dem 7. Februar und dem 5. März 2025 können die Wähler*innen aus Niedersachsen ihre Stimme für ihre*n Favorit*in abgeben. Der*die Gewinner*in wird am 13. März 2025 im festlichen Ambiente des GOP-Varieté Hannover gekürt.

Zur Wahl stehen: Laura Burbulla (Para-Leichtathletik), Jan Haller (Rollstuhl-Basketball), Marco Herbst (Rollstuhl-Rugby), Flora Kliem (Para-Bogensport),

Hermine Krumbein (Para-Rudern) und Isabell Nowak (Para-Dressursport).

Die Sportler*innen werden im Wahlzeitraum in spannenden Portraits in Text, Bild und Ton bei den BSN-Partnern NDR 1 Niedersachsen, Neue Presse, „Das Fahrgastfernsehen“ und „Hallo Niedersachsen“ im NDR

Fernsehen sowie in der Verbandszeitschrift des BSN „Neuer Start“ vorgestellt.

Weitere Informationen finden Interessierte auf der Internetseite des BSN unter www.bsn-ev.de. Hier können sie ab dem 7. Februar auch ihre Stimme für eine*n der Kandidat*innen abgeben.



Foto: Volker Minkus

Die Para-Dressurreiterin Melanie Wienand wurde 2024 zur „Behindertensportlerin des Jahres“ gekürt.

Kindererziehung: Väter können Antrag auf Rentenpunkte stellen

Rentenansprüche für Väter

Wer sich um die Kindererziehung kümmert, stellt oft den Job ganz zurück oder arbeitet in Teilzeit. Als Ausgleich bekommen deshalb – meist Mütter – für die sogenannten Kindererziehungs- und Kinderberücksichtigungszeiten Rentenpunkte gutgeschrieben. Aber auch Väter können Anspruch darauf haben, wenn sie einen Antrag stellen.

Da die Kindererziehung überwiegend immer noch von Müttern übernommen wird, bekommen sie von der gesetzlichen Rentenversicherung für sogenannte Kindererziehungszeiten im Regelfall automatisch Rentenpunkte gutgeschrieben. Aber auch Väter können von diesem Rentenplus profitieren – wenn sie einen entsprechenden Antrag stellen.

„Im Rahmen der Kindererziehungszeiten bekommen Eltern nach der Geburt des Kindes für die ersten drei Lebensjahre Rentenpunkte gutgeschrieben, die aktuell einer Erhöhung der monatlichen Rente um 118 Euro entsprechen“, weiß Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Da es sich um eine Pflichtversicherungszeit handelt, werden außerdem gleichzeitig Wartezeiten auf die reguläre Altersrente erfüllt. Darüber hinaus zählt die Zeit bis zum zehnten Geburtstag als Kinderberücksichtigungszeit, die insbesondere zusätzlich für die Erfüllung dieser Wartezeiten



Foto: Bernard Bodo / Adobe Stock

Eltern können Kindererziehungszeiten – und damit auch Rentenvorteile – untereinander aufteilen. Die Zeit bis zum zehnten Geburtstag des Kindes zählt als „Kinderberücksichtigungszeit“.

wichtig ist und unter bestimmten Voraussetzungen die Rente erhöhen kann.

Mit einer gemeinsamen Erklärung können Eltern festlegen, wer in welchem Umfang die Rentenvorteile bekommen soll. „Allerdings sollte diese Erklärung so schnell wie möglich abgegeben werden, denn rückwirkend werden maximal zwei Monate berücksichtigt“, rät Lo-

renz. Alternativ kann die Zuordnung bis zum Renteneintritt bei der Klärung des Rentenkontos erfolgen. „Dann wird es für Väter allerdings etwas komplizierter, denn sie müssen nachweisen, dass sie überwiegend für die Kindererziehung verantwortlich waren“, informiert Lorenz.

Bei Fragen zu Rententhemen stehen die Berater*innen des SoVD gerne zur Seite.

Kreisverband Braunschweig organisiert Aktion zum zehnten Mal

SoVD sammelt Schulranzen-Spenden

In der Region Braunschweig gibt es viele Familien, denen es finanziell nicht gut geht. Da stellt die Anschaffung eines Schulranzens oft ein Problem dar. Der SoVD in Braunschweig bittet deshalb mit Unterstützung der Braunschweigischen Landes Sparkasse (BLSK) die Bevölkerung auch dieses Jahr wieder um Spenden von nicht mehr benötigten und gut erhaltenen Schulranzen und Rucksäcken. Diese können im SoVD-Beratungszentrum am Bäckerkint 8 abgegeben werden (Mo.–Do.: 9–16 Uhr, Fr.: 9–12 Uhr).

Die BLSK beteiligt sich bereits zum vierten Mal in Folge an der Aktion. Die Mitarbeitenden des Finanzunternehmens werden um Ranzen Spenden

gebeten. Diese werden dann an den SoVD übergeben.

Der Starttermin für die Ausgabe der Schulranzen und Rucksäcke ist am Samstag, 29. März, beim SoVD am Bäckerkint 8. Familien können sich dann von 9 bis 12 Uhr mit ihren Kindern ihre Favoriten aussuchen und mitnehmen. Anschließend wird die Ranzenausgabe am Bäckerkint zu den Öffnungszeiten des Beratungszentrums fortgesetzt. Außerdem läuft die Aktion auch im Internet in der Facebook-Gruppe „Schulranzenaktion“. Die Gruppe verbindet die Spender*innen mit den Familien, die einen kostenlosen Ranzen benötigen. Seit 2016 ruft der SoVD in Braunschweig jährlich zu Ranzen Spenden auf.



Foto: Irina Schmidt / Adobe Stock

Viele Familien können sich neue Schulranzen nicht leisten.